

Stellungnahme von ARD-aktuell zur Programmbeschwerde
von Herrn Klinkhammer und Herrn Bräutigam vom 05.06.2016
darüber, dass ARD aktuell nicht über die Aussage von Bundeskanzlerin Merkel zum
Glaubwürdigkeitsverlust der Medien vom 02.06.2016 berichtet hat.

In ihrer Programmbeschwerde vom 05.06.2016 kritisieren die Herren Klinkhammer und Bräutigam, dass ARD-aktuell nicht über die Aussage von Bundeskanzlerin Merkel zum Glaubwürdigkeitsverlust der Medien vom 02.06.2016 berichtet hat.

Zunächst möchten wir darauf hinweisen, dass die dpa als einzige Nachrichtenagentur über die von den Reklamanten angeführte Aussage berichtete.



Berlin (dpa) - Bundeskanzlerin Angela **Merkel** (CDU) hat sich besorgt über den Glaubwürdigkeitsverlust der **Medien** geäußert. 60 Prozent der Bürger hätten laut Umfragen wenig oder gar kein **Vertrauen** in die **Medien**, sagte **Merkel** am Donnerstag bei der CDU-Veranstaltung «MediaNight» in der Parteizentrale in Berlin. Sie betonte: «Das muss uns alle unruhig stimmen.» Es seien alle betroffen: Parteien, Gruppen, Vereine. Es gehe auch um den Zusammenhalt der Gesellschaft. **Merkel** machte deutlich, dass sie den Qualitätsjournalismus in Deutschland unter enormem Zeit- und Kostendruck sieht. Die Frage nach der Qualität sei wichtig, sie dürfe nicht in Vergessenheit geraten, mahnte sie. Die Kanzlerin sprach von einem «riesigen Tempo», in dem Nachrichten verbreitet würden. Journalisten bräuchten aber Zeit für die Einordnung von Sachverhalten, und Medienhäuser Geld für hochwertige journalistische Angebote. Die Politik habe die Aufgabe, die nötigen Rahmenbedingungen für «eine meinungsstarke und freie Presse zu setzen». **Merkel** ging auch auf den Umgang der Menschen mit Smartphones ein. Die Hälfte der Deutschen schaue in der ersten halben Stunde nach dem Aufwachen auf das Smartphone. «Ob das gesund ist, weiß ich nicht», sagte sie. Viele seien in der Nacht noch durch aufleuchtende Nachrichten wach geworden. **Merkel** mahnte: «Denken Sie an ihre Gesundheit!»

Die dpa brachte die Meldung in der Kategorie „Medien“ mit der Priorisierungsstufe 4. Dies sowie die Tatsache, dass es sich um eine einzelne Meldung handelte, verweist darauf, dass die Nachricht nicht zwingend im Kontext der Nachrichtenlage zu melden war. Im Übrigen hat ARD-aktuell bereits mehrfach, auch unter Verweis auf Umfragen, zum Thema Glaubwürdigkeit der Medien berichtet.

Der 02.06.2016 war außerdem ein nachrichtenstarker Tag. So haben wir zum Beispiel in der 20-Uhr-Ausgabe der Tagesschau ausführlich über die Armenien-Resolution des Bundestages berichtet und die Ergebnisse des Koalitionstreffens erläutert. Auch mit der Situation in den Hochwassergebieten im In- und Ausland haben wir uns beschäftigt. Bei der Gestaltung unserer Nachrichtensendungen ist die Redaktion keinesfalls einer politischen Instanz, Partei oder sonstigen Interessengruppen Weise verpflichtet. Das öffentlich-rechtliche ARD-Gemeinschaftsprogramm wird aus Rundfunkbeiträgen finanziert und arbeitet frei von staatlicher Einflussnahme. Unser Ziel ist es, unser Publikum möglichst gut und umfassend zu informieren.

Das bedeutet auch, aus der Vielzahl der möglichen Themen die wichtigsten auszuwählen, sie einzuordnen und zu gewichten. Sicherlich kann man geteilter Meinung darüber sein, für wie wichtig man welche Themen hält. Die Gewichtung der Themen der Sendung vom 02.06.2016 halten wir für angemessen. Die Argumentation der Beschwerdeführer, wir würden unsere Sendungen mit vermeintlich unwichtigen Themen wie „kleine Krisen in Eriwan, Überfälle in Brasilien, belanglose Themen aus Georgien“ füllen, können wir weder für den angesprochenen Tag noch für andere Zeitpunkte nachvollziehen. Ausgerechnet aber an dem Tag, an dem der Bundestag über den Völkermord in Armenien debattiert, unsere Berichterstattung über vermeintlich „kleine Krisen in Eriwan“ zu monieren, wie die Herren Klinkhammer und Bräutigam es tun, halten wir für unangemessen.

Zudem werden wir auch weiterhin über die angespannte Lage in Brasilien und die Situation in Georgien berichten. Das entspricht unserem Programmauftrag. Die Zuschauer haben ein Recht auf umfassende Berichterstattung aus allen Regionen der Welt, unabhängig von der jeweiligen politischen Ausrichtung der Führung eines Landes oder dessen weltwirtschaftlicher Bedeutung.

Wir wissen nicht, auf welche - in der dpa-Meldung nicht näher erläuterten - Umfragen sich die Kanzlerin in ihrer Äußerung bezieht. Wir können für die Berichterstattung von ARD-aktuell aber festhalten: Die Mediennutzer beweisen uns täglich, dass sie Vertrauen in die Berichterstattung von ARD-aktuell haben. Das lässt sich sowohl an den Zuschauerzahlen als auch an den Online-Nutzerdaten ablesen. Diese weisen für die vergangenen Monate erneut eine Zunahme auf, die nahelegt, dass die Menschen in weltpolitisch bewegten Zeiten unser Angebot als verlässlich und als Orientierungshilfe schätzen.



Die von den Reklamanten an „Dr. Gniffke und seine beifälligen Rundfunkräte“ gerichtete Kritik betrachten wir aus den dargelegten Gründen als nicht berechtigt. Die Vorwürfe, einer „selbstgerechten Attitüde“, über die „Kanzlerinnenkritik [sic] erhaben zu sein“, „unfähig“ zu sein, „wichtige Informationen aus dem Überangebot an Nachrichten auszuwählen und die Meldungen angemessen zu gewichten“ und die „Merkel-Äußerungen“ [sic] „sehr bewusst, absichtlich“ weggelassen zu haben, weisen wir zurück.


Christian Nitsche
14.06.2016